Hamburgisches WeltWirtschafts Institut

# Update

Wissens-Service des HWWI

03 | 15

März 2015
ISSN 1860-6903
ISSN (Internet)
1860-7713

www.hwwi.org
update@hwwi.org

## KOMMENTAR

**Lohnlücke**

*Vieles ist erklärt, aber längst nicht alles ist gesagt – dass Frauen immer noch 22 Prozent weniger verdienen als Männer lässt sich bisher nur zu einem Teil erklären. Aktuelle ergänzende Analysen des HWWI zeigen, dass Unterschiede in den Erwerbsbiografien von Arbeitnehmer/innen eine wesentliche Rolle spielen. Ferner kommen Arbeitsstundenumfang, der Beteiligung an Führungsaufgaben sowie Branche und Mitarbeiterzahl des Betriebs eine Bedeutung zu.*

*Dieser Befund liefert jedoch keinesfalls Entwarnung. Denn auch in den Merkmalsunterschieden kann sich potenziell Diskriminierung verbergen, wenn Männer und Frauen zu den lohnrelevanten Merkmalen unterschiedliche Zugangschancen haben. Unsere Analysen machen daher einmal mehr deutlich: Chancengleichheit der Geschlechter zum Zugang zu lohnrelevanten Merkmalen ist wesentliche Voraussetzung für die Schließung der Lohnlücke! Wenn die in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung formulierte Zielvorgabe, die Lücke bis 2020 auf unter zehn Prozent zu senken, erreicht werden soll, bleibt noch viel zu tun. Alle Akteure sind dabei gefragt: Die Betriebe, der Staat, die Tarifvertragsparteien, der Partner, aber – nicht zuletzt – auch die Frauen selbst.* CB

*Vortrag zum Thema unter: www.hwwi.org/ueber-uns/team/forscher/christina-boll/events.html.*

## IN DIESER AUSGABE

**Der Ölmarkt in Bewegung** Seite 1/2

**Green versus greener: Zur Kategorisierung grüner Wachstumspfade** Seite 3

**Deutsche Wirtschaft gewinnt durch Sondereinflüsse deutlicher an Fahrt** Seite 4

## ROHSTOFFE

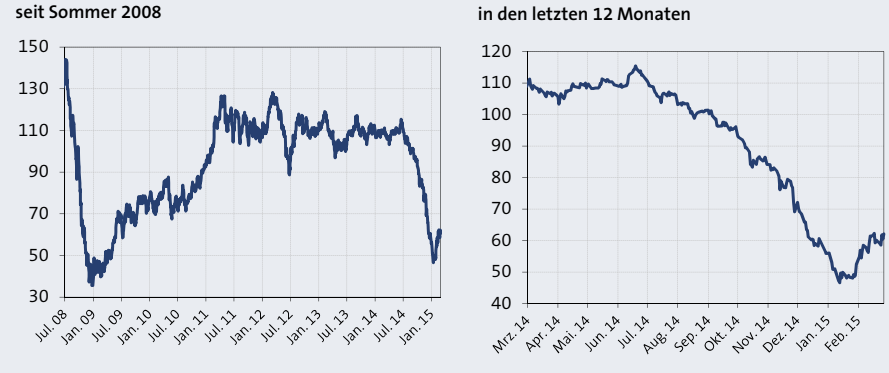
# Der Ölmarkt in Bewegung

**Seit letztem Sommer sind die Rohölpreise kräftig gefallen. So ist der Brentpreis zwischen Juni 2014 und Ende Februar 2015 um 46 % zurückgegangen. In der Spitze lag der Rückgang sogar bei rund 60 % (Anfang Januar 2015). Zu den niedrigeren Ölpreisen hat vor allem das gestiegene weltweite Ölangebot beigetragen. Mit dem Fracking-Verfahren gelang es den USA in den letzten Jahren, so viel Öl zu fördern wie seit Jahrzehnten nicht mehr.** *Von Christian Growitsch und Leon Leschus*

Doch auch die OPEC trägt mit ihrer Produktion dazu bei, dass die Welt mit großen Ölmengen versorgt wird. Auf der letzten OPEC-Sitzung im Oktober 2014 in Wien konnten sich die Mitgliedsländer nicht auf eine Drosselung der Förderung einigen. Saudi-Arabien konnte sich damit durchsetzen, seine Marktanteile zu halten. Als mit Abstand größter Ölproduzent in der OPEC hat Saudi-Arabien eine zentrale Machtposition in der Organisation. In der jüngsten Vergangenheit konnte Saudi-Arabien als "*Swing Producer*" bei Angebotsausfällen anderer OPEC-Mitglieder einspringen. Nun lehnt Saudi-Arabien aber ein Zurückfahren seiner Ölproduktion ab. Aus ökonomischer Perspektive verfolgt das Land damit vermutlich eine Marktverdrängungsstrategie und versucht, den neuen US-amerikanischen Wettbewerb unrentabel zu machen. Zwar ist ein gewisser Teil der Preisrückgänge beim Öl auch durch eine verlangsamte weltweite Konjunkturentwicklung zu erklären, aber der überwiegende Teil des Preisrückgangs ist auf das gute Ölangebot zurückzuführen. Zurzeit ist davon auszugehen, dass das Angebot die Ölnachfrage um rund 2 Millionen Barrel pro Tag übersteigt. Dieser Überschuss zeigt sich auch darin, dass die Öllagerbestände global kräftig angestiegen sind. In der Konsequenz sind die weltweiten Ölpreise deutlich gesunken.

Die Weltwirtschaft profitiert von diesen niedrigeren Ölpreisen. Dies gilt grundsätzlich für alle Branchen in Form von reduzierten Energiekosten bei der Produktion und gesunkenen Transportkosten. Zu den

**Rohöl der Sorte Brent**
in US-Dollar pro Barrel




Quelle: HWWI

besonderen Gewinnern zählen die Chemieindustrie, Speditionen und Fluggesellschaften. Und auch die privaten Haushalte zahlen weniger für Benzin oder Heizöl. Laut dem Internationalen Währungsfonds führt eine längerfristige Ölpreissenkung von 10 US-Dollar pro Barrel zu einem zusätzlichen Wachstum der Weltwirtschaft um 0,2 %.[1] Zurzeit notiert Brentöl um rund 50 US-Dollar pro Barrel niedriger als im Juni 2014, was demnach einem Wachstumsschub für die globale Wirtschaft von einem zusätzlichen Prozentpunkt entspricht. Während die Weltwirtschaft also insgesamt wächst, gibt es produzentenseitig aber auch Verlierer der Ölpreisentwicklung. So kann davon ausgegangen werden, dass der Preisverfall beim Öl zu einer Umverteilung in Höhe von ca. 2 Billionen US-Dollar von den Ölproduzenten hin zu den Ölkonsumenten geführt hat. Dies trifft insbesondere Staaten wie Iran und Venezuela, die Ölpreise von über 100 US-Dollar benötigen, um ihre Staatshaushalte zu finanzieren.

Bei den Erdölimporteuren zeigen sich fiskalisch eher positive Effekte. So werden Staaten entlastet, in denen die Benzinpreise mithilfe von Subventionen künstlich niedrig gehalten werden. Auch in Deutschland muss der Staat keine größeren Ausfälle bei den Steuereinnahmen befürchten, da hierzulande auf Benzin und Diesel eine Mengensteuer erhoben wird, die unabhängig vom Produktpreis ist. Nur über geringere Mehrwertsteuereinnahmen machen sich die niedrigeren Ölpreise bei den deutschen Staatseinnahmen bemerkbar. In Indien, Indonesien oder auch China werden die Kraftstoffe an der Tankstelle subventioniert. Die gesunkenen Ölpreise würden nun die Möglichkeit bieten, die Subventionierung zu beenden, um exzessivem Konsum im Energiesektor aufgrund verzerrter Preise entgegenzuwirken.

Wie lange nun die Weltwirtschaft von den niedrigen Ölpreisen profitiert, bleibt fraglich. Die aktuell niedrigen Preise könnten zukünftig preistreibend wirken: Ölförderländer und -unternehmen könnten sich aufgrund des niedrigen Ölpreises aus Rentabilitätsüberlegungen heraus zunehmend zurückhalten, Investitionen in neue Förderanlagen zu tätigen. Jetzt unterlassene Investitionen könnten in Zukunft das Ölangebot senken und damit auch Preissteigerungen auslösen. Die Konsequenzen aus dem Aufschub von Investitionen könnten zum großen Teil eher in mehr als fünf Jahren spürbar werden als in naher Zukunft, da es von der Investitionsentscheidung bis hin zur tatsächlichen Ölförderung diese Zeitspanne benötigt. Bei dem zurzeit weltweit sehr großem Angebot wird es zudem eine Zeit dauern, bis sich die getätigten Investitionseinschnitte bemerkbar machen. Diese zeitliche Verschiebung des Ölangebots auf bestimmte Preisentwicklungen verursacht daher zyklische Bewegungen beim Ölpreis.

Doch schon in den letzten Monaten ist die Ölförderung in den USA bei den bestehenden Ölförderkapazitäten zurückgefahren worden, was sich darin zeigt, dass laut Baker Hughes die Zahl der aktiven Förderanlagen gegenüber dem Hochstand im Oktober 2014 bis Mitte Februar 2015 um 34 % zurückgegangen ist.[2] Dies hat dazu beigetragen, dass der *West-Texas-Intermediate*-Preis (WTI-Preis) von unter 44 US-Dollar (Brentölpreis von unter 47 US-Dollar) im Januar 2015 auf rund 50 US-Dollar pro Barrel (Brentöl: über 60 US-Dollar) stieg. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass es im Verlauf des Jahres 2015 zu weiteren Marktaustritten von unrentablen Ölproduzenten vor allem in Nordamerika kommen wird, was das Ölangebot senkt und preissteigernd auf dem Ölmarkt wirken dürfte. So hat die Internationale Energieagentur für das zweite Halbjahr 2015 die erwartete Ölproduktion in den USA nach unten korrigiert. Darüber hinaus wird zurzeit auch Rohöl in Lagern in der Hoffnung zurückgehalten, dass die Ölnachfrage und im Zuge dessen auch die Preise wieder steigen. Da die Öllager in Europa und Asien nun bereits recht gut gefüllt sind, wird es zunehmend schwieriger, zusätzliches Öl zu speichern. Dies wiederum könnte Preissenkungen auslösen. Zu den jüngsten Preisanstiegen beim Rohöl haben allerdings auch die Produktionsausfälle in wichtigen Öl produzierenden Ländern beigetragen. So sanken die Ölexporte aus dem Irak aufgrund schlechter Wetterverhältnisse, und in Libyen wurden Häfen und Ölfelder, darunter das größte des Landes, aufgrund von Kämpfen und Sabotage geschlossen.

Mit den wieder ansteigenden Ölpreisen reduziert sich der Wachstumsimpuls für die Weltwirtschaft. Für die USA ergibt sich dabei ein zweigeteiltes Bild: Auf der einen Seite benötigt die Frackingindustrie vor Ort einen vergleichsweise hohen Ölpreis, um rentabel zu arbeiten, auf der anderen Seite importieren die USA nach wie vor einen großen Teil des verbrauchten Öls und profitieren damit grundsätzlich auch von niedrigen Preisen. Zukünftig wird allerdings interessant sein, dass der technische Fortschritt bei der Förderung von Schieferöl zunehmend die Gewinnschwelle der Unternehmen senkt. Die Produktivität der aktiven Förderanlagen in den USA steigt nach wie vor. Damit könnte die US-Frackingindustrie niedrigere Rohölpreise verkraften und trotz gefallener Rohölpreise in zukünftige Förderprojekte investieren. Aufgrund der mittlerweile etablierten Öl-Dienstleistungsstrukturen gehen wir davon aus, dass es bei ausreichendem Preisniveau zu Investitionen in neue unkonventionelle Förderkapazitäten kommt. In der mittleren Frist würden die USA damit zu einem "*Swing Supplier*". Damit könnte die Frackingindustrie in den USA in Zukunft verhindern helfen, dass anhaltende Ölpreis-Schocks und starke zyklische Preisausschläge auftreten. Dies gilt vor allem, wenn die dortige Industrie in der Lage ist, kurzfristig gestoppte Förderanlagen wieder zu aktivieren. In der Konsequenz würde dies bedeuten, dass sich der globale Ölpreis auch dauerhaft auf vergleichsweise niedrigem Niveau stabilisiert. Extreme globale Ölpreisrisiken gehörten dann der Vergangenheit an.

### HWWI-ROHSTOFFPREISINDEX

Das HWWI stellt mit dem Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe eine umfassende Messgröße für die aktuelle Preisentwicklung an den Rohstoffmärkten bereit. Weitere Informationen und aktuelle Analysen finden Sie unter: **http://hwwi-rohindex.d**e.

# *Green* versus *greener*: Zur Kategorisierung grüner Wachstumspfade

**Grünes Wachstum (*green growth*) hat in den letzten Jahren zusehends an Aufmerksamkeit gewonnen und wird vielfach als aussichtsreicher Ansatz zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung (*sustainable development*) erachtet. Neben den spürbar werdenden Auswirkungen des Klimawandels sowie der fortwährenden Zerstörung wichtiger Ökosysteme und der Verknappung essenzieller Ressourcen sind dabei auch die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise prägend für den aktuellen Diskurs.** *Von Andreas Röhlig, Marie-Christin Rische und Jana Stöver*

Während in den vergangenen Dekaden der Widerspruch zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz einen Fokus der Nachhaltigkeitsdebatte bildete, erklärt sich ein Teil der aktuellen Strahlkraft grünen Wachstums aus der potenziellen Komplementarität zwischen ökonomischen, ökologischen und auch sozialen Entwicklungen. Nach dieser Sichtweise muss eine umweltfreundliche, ressourcenschonende und zugleich sozialverträglich gestaltete Umstellung der Wirtschaftsweise nicht zwingend durch (kurzfristig) sinkende ökonomische Wachstumsraten „erkauft" werden, sondern kann über Synergieeffekte durchaus selbst als Wachstumsmotor fungieren.

Entsprechend attraktiv erscheint die Formulierung und Umsetzung eigener grüner Wachstumsstrategien für eine Vielzahl nationaler Regierungen wie auch internationaler Organisationen. Dabei prägen insbesondere Weltbank, *United Nations Environment Programme* (UNEP) und Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), aber auch verschiedene Staaten, wie zum Beispiel Südkorea, Dänemark oder auch Deutschland, den inhaltlichen Austausch und die praktische Umsetzung des Konzepts. Die Vielzahl und Verschiedenheit der Akteure führt jedoch dazu, dass unterschiedliche Auffassungen, Ziel- und Schwerpunktsetzungen unter demselben Begriff vermengt werden.

Während weitgehend Konsens bezüglich der allgemeinen Zielsetzung besteht, Wachstumspfade und -strategien so zu gestalten, dass negative Konsequenzen wirtschaftlicher Aktivität eingedämmt werden, unterscheiden sich die Ansätze im Hinblick auf die konkrete Einbindung ökologischer und sozialer Aspekte deutlich voneinander. Grundsätzlich lassen sich die Ansätze dabei in zwei Kategorien unterscheiden. Die erste Gruppe bezieht sich im Wesentlichen auf Effizienz-/Intensitätsmaße, also beispielsweise den Ressourcenverbrauch oder Emissionsausstoß je Produktions-/Wertschöpfungseinheit. Grünes Wachstum ist dann gleichbedeutend mit einer Verminderung entsprechender (relativer) Indikatoren im Vergleich zu historischen oder kontrafaktischen Entwicklungen. Die zweite Gruppe hingegen betrachtet die Entwicklung absoluter Umweltgrößen (zum Beispiel den Bestand an Umweltkapital) und abgeleiteter Ökosystemdienstleistungen (zum Beispiel die jährliche natürliche Kohlenstoffdioxid-Sequestrierung). Wirtschaftliches Wachstum wird nach diesen Konzepten als grün bezeichnet, wenn es nicht zu einer Verringerung der jeweiligen (absoluten) Referenzgröße führt; wenn also keine absolute Verschlechterung der Umwelt verursacht wird.

Grünes Wachstum im Sinne der effizienzbasierten Ansätze der ersten Gruppe kann unter bestimmten Voraussetzungen mit umweltschädigendem Wirtschaftswachstum vereinbar sein. Dies ist der Fall, wenn Wirtschaftswachstum zwar zu erhöhtem Ressourcenverbrauch oder Emissionsausstoß führt, das ökonomische Wachstum aber höher ist als das Wachstum des Umweltverbrauchs und das jeweilige Intensitätsmaß somit gesenkt wird. Im Sinne der zweiten Gruppe kann eine solche Entwicklung in keinem Fall als grünes Wachstum bezeichnet werden. Hieraus resultieren auch Auswirkungen für die wirtschaftspolitische Praxis. Je nachdem welche Auffassung grünen Wachstums bestimmten Politikmaßnahmen zugrunde gelegt wird, stehen unterschiedliche Instrumente zur Verfügung. Daher ist es sinnvoll, beide Konzeptkategorien auch begrifflich klar voneinander zu abzugrenzen.

Durch die Unterscheidung in grünes und grüneres Wachstum (*green and greener growth*) lässt sich genau dies erreichen: Es werden ausschließlich solche Wachstumsstrategien als grün bezeichnet, die tatsächlich die ökologische Integrität wahren beziehungsweise diese Wahrung bezwecken. Entwicklungen und Politiken, die zwar die Umweltauswirkungen je Produktionseinheit im Vergleich zum Status quo (also relativ) verringern, aber dennoch zur weiteren Umweltbelastung beitragen, werden hingegen als grüner bezeichnet. Diese Bezeichnung drückt aus, dass über technischen Fortschritt und/oder wirtschaftlichen Strukturanpassungen die Umweltauswirkungen der Produktion verringert werden konnten, lässt aber gleichzeitig erkennen, wenn lediglich relative und nicht absolute Verbesserungen realisiert beziehungsweise bezweckt werden.

Durch die vorgeschlagene Unterscheidung ließe sich Klarheit über die jeweiligen Zielfunktionen wirtschaftspolitischer Programme und über tatsächliche Entwicklungen gewinnen. Die Untergliederung ist dabei nicht per se wertend und bezweckt auch keinen grünen Imperativ. In bestimmten Situationen kann beispielsweise eine Verringerung des natürlichen Kapitalstocks durchaus zu einer höheren Wohlfahrt führen. Es bleibt Aufgabe der Politik darüber zu entscheiden, welcher Weg dem übergeordneten Ziel einer nachhaltigen Entwicklung am zuträglichsten erscheint.

### HWWI RESEARCH PAPER

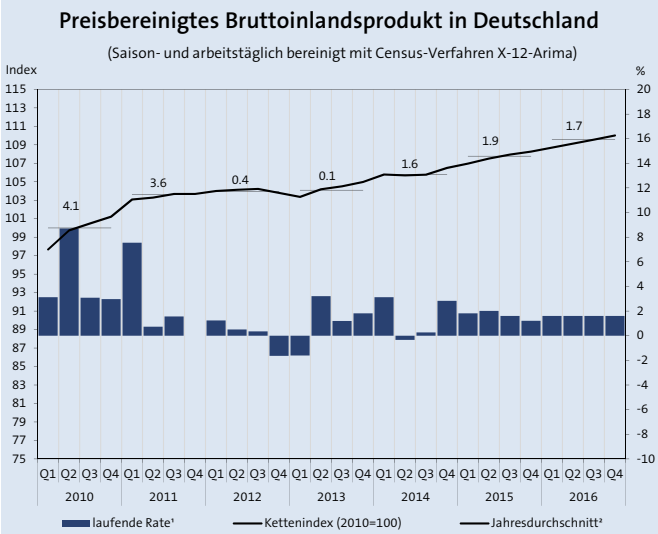
Rische, M.; Röhlig, A.; Stöver, J. (2014): Green, greener, grey. Disentangling different types of green growth, *HWWI Research Paper* 160, Hamburg. Download unter: **www.hwwi.org/uploads/tx_wilpubdb/HWWI_Research_Paper_160_01.pdf**.

# Deutsche Wirtschaft gewinnt durch Sondereinflüsse deutlicher an Fahrt

**Das HWWI hat seine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland aktualisiert. Aufgrund des stärker als erwarteten Wachstums im Schlussquartal 2014 und infolge entlastender Sondereinflüsse wird für 2015 nunmehr ein Wachstum von 1,9 % erwartet. Mit Belebung der Weltwirtschaft und der Investitionstätigkeit in Deutschland wird das Wachstum auch im Jahr 2016 kräftig ausfallen und mit rund 1 ¾ % nur geringfügig niedriger sein als in diesem Jahr.** *Von Anja Rossen*

Die deutsche Wirtschaft ist zum Jahresende wieder kräftiger gewachsen als zur Jahresmitte. Nach einem schwachen Sommerhalbjahr hat sich die Stimmung der deutschen Verbraucher und Unternehmen im weiteren Jahresverlauf deutlich aufgehellt, sodass das reale Bruttoinlandsprodukt im letzten Quartal 2014 mit einer Vorquartalsrate von +0,7 % kräftig wuchs. Stützende Effekte kamen wie zuvor überwiegend von der Binnenwirtschaft. Auch die Investitionen konnten im Schlussquartal wieder zum Wachstum beitragen; die Unternehmen zeigten sich weniger verunsichert durch die Schuldenkrise im Euroraum und die geopolitischen Konflikte. Gleichzeitig lieferte der Außenhandel zum Jahresende wieder vermehrt Impulse. So sind die Exporte trotz eines weltwirtschaftlich schwierigen Umfeldes mit einer Rate von +4,7 % kräftig gestiegen. Neben den Nachholeffekten aus den aufgeschobenen Investitionen tragen vor allem Sondereinflüsse, die stark gefallenen Energiepreise sowie der schwächere Außenwert des Euro zu der vorübergehend stärkeren konjunkturellen Dynamik bei.

Im Prognosezeitraum wird die Binnenwirtschaft die wichtigste Wachstumsstütze bleiben. Die niedrige Arbeitslosigkeit und steigende Reallöhne bei gleichzeitig niedrigen Zinsen dürften das Konsumklima der privaten Haushalte stützen. Die expansiven Effekte von den Energiepreisen und dem Außenwert des Euro werden sich im Laufe des Prognosezeitraums abschwächen. Der Preisdruck dürfte in den kommenden Monaten zwar gering bleiben, sich aufgrund der Einführung des Mindestlohnes und angesichts der Lohnforderungen der Gewerkschaften im Jahresverlauf dennoch wieder erhöhen. 2016 sollte sich der Preisdruck mit anziehender Konjunktur und Erholung des Ölpreises weiter erhöhen, mit einer Rate von 1,6 % dennoch unter der 2 %-Stabilitätsmarke bleiben.



1) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet, rechte Skala.
2) Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2015 Prognose des HWWI.

Der Arbeitsmarkt profitiert im Prognosezeitraum von der sich belebenden Konjunktur und der Zuwanderung aus europäischen Staaten. Insgesamt sollte die Erwerbstätigkeit in diesem und im nächsten Jahr mit 0,7 % bzw. 0,6 % ähnlich stark zunehmen. Die Arbeitslosigkeit sollte sich weiter verringern. 2016 sollten nach 2,84 Millionen Personen in diesem Jahr mit 2,83 Millionen geringfügig weniger Personen arbeitslos sein.

Im kommenden Jahr sollte sich der bisher ausgebliebene Investitionsaufschwung aufgrund von günstigen Finanzierungsbedingungen, des Nachholbedarfs und der weiterhin expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank entfalten, sodass die Anlageinvestitionen wieder vermehrt zum Wachstum beitragen werden. Die im letzten Jahr dämpfenden außenwirtschaftlichen Effekte werden die Konjunktur im Prognosezeitraum nicht mehr zusätzlich belasten. Im Gegenteil, im kommenden Jahr wird der Außenhandel mit deutlicher Belebung der Weltwirtschaft wieder vermehrt positive Impulse liefern.

Das Staatskonto sollte im Prognosezeitraum leicht positiv bleiben. Während es in diesem Jahr aufgrund der expansiven Finanzpolitik und erhöhter Ausgaben für Sozialleistungen etwas geringer als im Vorjahr ausfallen sollte, sollte das Staatskonto im kommenden Jahr mit Belebung der Konjunktur und damit einhergehenden steigenden Steuereinnahmen wieder etwas höher ausfallen.

Das größte Risiko für diese Prognose besteht weiterhin in der Entwicklung des Euroraums. Hierbei spielt vor allem die weitere Entwicklung in Griechenland und dessen Reformbemühungen eine Rolle. Des Weiteren kann eine Eskalation des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine eine erhebliche Destabilisierung der Weltwirtschaft auslösen. Konjunkturelle Auswirkungen können über die Finanzmärkte und induzierte Kapitalbewegungen ferner von der anstehenden Zinswende in den USA ausgehen.

Herausgeber: Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI) | Heimhuder Straße 71 | 20148 Hamburg | Telefon 040 34 05 76 - 0 | Fax 040 34 05 76 - 776
update@hwwi.org | www.hwwi.org | Geschäftsführung: PD Dr. Christian Growitsch und Prof. Dr. Henning Vöpel | Redaktion: Elzbieta Hagemann (verantwortlich)
Die Publikation wird freundlicherweise unterstützt von der Gesellschaft der Freunde und Förderer des HWWI. | www.gdff.org

FSC www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C043899